

Saldenmechanik, Wirtschaftslenkung, Zentralisierung

Mit der Einführung des Euro haben die Mitglieder der EWU auf nominale Wechselkursänderungen verzichtet. Dieser Verzicht hat seinen hohen Preis. Er liegt in der zunehmenden Präferenz der EU-politischen Klasse zur polit-ökonomischen Saldenmechanik („Deutschlands Exporte sind zu hoch und die Löhne zu niedrig“), zur EU-gemeinschaftlichen Wirtschaftslenkung („Wir brauchen eine Europäische Wirtschaftsregierung und einen Europäischen Währungsfonds“), zur Harmonisierung und Zentralisierung von nationalen Politikfeldern. Das ist der traditionelle französische Konstruktivismus, der der mechanistischen Wirtschaftsphilosophie näher steht als dem evolutorischen Denkansatz und der demgemäß der Beweglichkeit von Wechselkursen, Löhnen und Preisen, der Unabhängigkeit der Zentralbank sowie der Preisniveaustabilität keine politische Priorität einräumt.

Für die EU ist diese Entwicklung von Nachteil, weil sie die elementaren Prinzipien für marktorientierte anreizkompatible Regeln außer Kraft setzt: So müssen wir spätestens seit der Griechenland-Krise erkennen, dass die Haftungsregeln des Maastricht-Vertrages (Stabilitäts- und Wachstumspakt, No-bail-out) faktisch nicht mehr gelten und durch das genaue Gegenteil von nationaler Eigenhaftung, nämlich durch abgestimmte Regeln gemeinschaftlicher Haftung ersetzt worden sind. Marktgesteuerte Anpassungen werden zunehmend durch politikgesteuerte Wirtschaftslenkung substituiert. Dies ist ein Weg politischen Irrtums, der ausnahmslos in die Gegenrichtung von ökonomischer, kultureller und politischer Prosperität weist.

Die unter dem Begriff „europäische Solidarität“ politisch verkaufte Stützaktion für Griechenland bedeutet einen gravierenden Schritt in Richtung EWU-zentralisierte Wirtschaftslenkung hin zu einer Haftungs- und Transferunion. Diese ist in einer Währungsunion dann offenbar vonnöten, wenn ihre Mitglieder in Bezug auf deren monetäre und reale Konvergenz stark heterogen sind und des-

halb einen ausgeprägten realen Wechselkursänderungsbedarf haben, der diese Heterogenitäten austariert. Bewegliche nominale Wechselkurse preisen diese Heterogenitäten ein, als relative Währungspreise bündeln sie die verfügbaren Informationen über sie und senden insofern ziemlich gute Signale über erfolgreiche und weniger erfolgreiche Länder aus: Trendmäßige Aufwertungen signalisieren eine relativ erfolgreiche Performance gegenüber anderen Ländern und Abwertungen das entsprechende Gegenteil. Die Abschaffung von nominalen Wechselkursänderungen durch die Euro-Einheitswährung schafft natürlich die Heterogenitäten zwischen den Ländern nicht ab, wohl aber die öffentlichen Wechselkurssignale über sie. Die Eliminierung von Wechselkurssignalen wird dann durch Signale von Ratingagenturen ersetzt. Aber vermutlich leisten Wechselkurse diesbezüglich mehr als Ratingagenturen.

Je weniger heterogen die Länder zueinander sind, desto weniger müssen die Wechselkurse flexibel sein. Ist also die Homogenität genügend groß, können die Wechselkurse fixiert oder gar durch eine Einheitswährung ersetzt werden. Deshalb funktioniert die Euro-Zone auch relativ gut zwischen den „Nordstaaten“ (Deutschland, Benelux, Österreich), aber eben nicht zwischen den „Südstaaten“ (Portugal, Italien, Griechenland, Spanien) sowie zwischen den Nord- und Südstaaten.

Griechenland in seiner jetzigen ökonomischen und gesellschaftlichen Struktur – und in ähnlicher Spur wohl auch Portugal, Spanien, Italien – zersetzt die Funktionsfähigkeit der EWU. Solche Länder sollten aus der EWU freiwillig oder unfreiwillig ausscheiden. Das entspräche dem club-theoretischen Ansatz der Neuen Politischen Ökonomie, der nicht dem die EWU sprengenden Konstruktivismus der ökonomischen Zentralplaner von Wechselkursen, Preisen und Mengen unterliegt, sondern der Evolutorik von Marktanpassungen zuzuordnen ist. In der EU ist dagegen die zunehmende Dominanz der franco-affinen Regelwerke politischer Wirtschaftslenkung zu beklagen.

Prof. Dr. *Wolf Schäfer*, Hamburg